

Frank Riepl

Informationelle Selbstbestimmung  
im Strafverfahren

Mohr Siebeck

# Inhaltsverzeichnis

## Einleitung und Problemdarstellung

A.) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Wahrheitsfindung im Strafverfahren - ein Spannungsverhältnis	1
B.) Der Gang der Untersuchung	4
1. Abschnitt: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	4
2. Abschnitt: Wahrheitsfindung im Strafprozeß und der Grundsatz der Öffentlichkeit	4
3. Abschnitt: Informationelles Selbstbestimmungsrecht und der Gang der Hauptverhandlung	4
4. Abschnitt: Informationelle Selbstbestimmung und Beweiserhebung	5
1. Abschnitt: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (R.i.S.)	
A.) Die Kernaussagen des Volkszählungsurteils; BVerfGE 65, 1 ff.	6
I. Der gesellschaftliche Hintergrund der Volkszählungsentscheidung	6
II. Der grundrechtliche Prüfungsmaßstab	7
1.) Verfassungsrechtlicher Anknüpfungspunkt: Art.2 I, 1 I GG	7
2.) Schranken des R.i.S.	8
3.) Schranken-Schranken des R.i.S.	9
a) Absolute Schranken-Schranken	9
b) Allgemeine Schranken-Schranken	11
B.) Funktionen des R.i.S.	19
C.) Die "Dogmengeschichte" des R.i.S.	20
I. Die Lehre vom informationellen Totalvorbehalt	20
II. Der sphärentheoretische Ansatz	21
III. Soziologische Selbstdarstellungskonzepte und Informationelle Selbstbestimmung	23
D.) Reaktionen auf das Urteil; Kritik und Perspektiven	24
I. Reaktionen	24
II. Kritikpunkte	25
1.) Die Berufung auf Luhmann	25
2.) R.i.S und allgemeines Persönlichkeitsrecht	25
3.) Beeinträchtigung informationeller Selbstbestimmung als conditio humana ?	26
4.) Das Problem der Präzisierung des Verwendungszwecks	26

5.) Verlagerung der Probleme der Sphärentheorie	27
6.) "Tauglichkeit" der Information als Zuordnungsobjekt für ein Recht ?	27
III. Perspektiven	27
1.) Allgemeines	27
2.) Relativierungstendenzen	28
a) Informationsvorsorge als genuine Staatsaufgabe	28
b) Das Grundrecht auf Sicherheit	29
c) Kritik der Relativierungstendenzen	30
d) Funktionstüchtigkeit der Strafrechtspflege	32
2. Abschnitt: Wahrheitsfindung im Strafprozeß und der Grundsatz der Öffentlichkeit	
A.) Der Grundsatz der Öffentlichkeit und Informationelle Selbstbestimmung	34
B.) Der Grundsatz der Öffentlichkeit im Wandel der Zeiten	35
I. Das traditionelle Verständnis der Gerichtsöffentlichkeit	35
1.) Der "Kampf" um die Gerichtsöffentlichkeit	35
2.) Relativierung der Öffentlichkeit	38
II. Der Grundsatz der Öffentlichkeit heute	39
1. Veränderungen im Umfeld des Grundsatzes der Öffentlichkeit	39
a) Veränderungen im Strafrecht	39
b) Verlagerung von der Saalöffentlichkeit auf die Medienöffentlichkeit	42
2. Die aktuellen Funktionen des Grundsatzes der Öffentlichkeit	46
a) Gerichtsöffentlichkeit als Forderung des Demokratiegebots	46
b) Gerichtsöffentlichkeit als Forderung des Rechtsstaatsgebots	48
c) Gerichtsöffentlichkeit als kriminalpolitisches Argument	50
3.) Ersetzbarkeit der Öffentlichkeit durch andere Maximen	50
a) Ersetzbarkeit der Öffentlichkeit als demokratische Komponente	50
b) Ersetzbarkeit der Öffentlichkeit als rechtsstaatliche Komponente	51
4.) Die Betroffenen	54
a) Der Angeklagte	54
b) Der Zeuge	56

5.) Die Einschränkungen des Grundsatzes der Öffentlichkeit, die auch dem R.i.S. zugute kommen	57
a) § 171a GVG	57
b) § 171b GVG	58
c) § 172 Nr. 2 GVG	61
d) § 172 Nr. 3 GVG i.v. mit § 203 StGB	63
e) § 172 Nr. 4 GVG	63
f) § 48 I JGG, § 109 I Satz 4 JGG	64
g) § 173 GVG	65
h) § 174 I, III GVG	65
i) § 175 II, III GVG	66
j) Art. 6 I S. 2 MRK, Art. 14 I S. 3 IPBPR	68
6.) Der Grundsatz der Öffentlichkeit im Lichte des Verhältnismäßigkeitsprinzips	69
a) Der Grundsatz der Öffentlichkeit und Bagatelldelikte	70
b) Der Grundsatz der Öffentlichkeit und Privatklagedelikte	82
7.) Die Sanktionierung von Verstößen gegen die Nichtöffentlichkeit durch das Gesetz	84
a) Der Schutz des R.i.S. durch § 353d StGB	84
b) Die revisionsrechtliche Behandlung von Verstößen gegen die Vorschriften über die Öffentlichkeit im Lichte des R.i.S.	90
8.) Öffentlichkeit im Rechtsmittelverfahren	96
9.) Exkurs: Rechtspflegeentlastungsgesetz	97
a) Verfahrenseinstellungen nach §§ 153, 153a StPO	98
b) Änderungen im Beweisantragsrecht	98
c) Änderungen im Berufungsverfahren	99
d) Änderungen das Strafbefehlsverfahren betreffend	100
e) Änderungen bezüglich der Gerichtszuständigkeit	100
10.) Exkurs: Die Einführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs in das Erwachsenenstrafrecht	102
a) Wiedergutmachung als prozessuale Erledigungsform	103
b) Wiedergutmachung als echte "Dritte Spur" im Sanktionenrecht	104

3. Abschnitt: Informationelle Selbstbestimmung und der Gang der Hauptverhandlung	
A.) Das R.i.S. als Gradmesser für die Notwendigkeit der Reform der Hauptverhandlung	107
B.) Der Gang der Hauptverhandlung	108
I. Innere und äußere Ordnung	108
II. Die Verhandlungsleitung durch den Vorsitzenden; § 238 StPO	110
III. Der Aufruf zur Sache; § 243 I S. 1 StPO	110
IV. Die Präsenzfeststellung; § 243 I S. 2 StPO	111
V. Verweisen der Zeugen in den Abstand; § 231 II S. 1 StPO	112
VI. Vernehmung über persönliche Verhältnisse; § 243 II StPO	112
1.) Zweck und Gegenstand der Regelung nach "klassischer" systematischer Auslegung	112
a) Der historische Ausgangspunkt	112
b) Reduzierung des weiten Verständnisses durch systematische Auslegung	113
2.) Auslegung der Vorschrift im Lichte des R.i.S.	115
a) Geeignetheit	116
b) Erforderlichkeit	117
c) Fazit	120
VII. Verlesung des Anklagesatzes; § 243 III S. 1 StPO	120
VIII. Belehrung des Angeklagten über sein Schweigerecht; § 243 IV S. 1 StPO	121
1.) § 243 IV S. 1 StPO als Konkretisierung von nemo-tenetur-Grundsatz und R.i.S.	121
2.) Auswirkungen auf die Belehrungspraxis	123
IX. Die Vernehmung des Angeklagten zur Sache; § 243 IV S. 2 StPO	123
1.) Zweck und Gegenstand der Regelung	123
2.) Der Zeitpunkt der Vernehmung zur Sache	124
a) Zulässigkeit der Verschiebung von Fragen über rechtsfolgenrelevante Umstände	124
b) Vereinbarkeit einer Erörterung rechtsfolgenrelevanter Umstände vor der Beweisaufnahme mit dem R.i.S des Angeklagten	125
X. Die Beweisaufnahme; § 244 I StPO	126
XI. Die Erörterung der Vorstrafen; § 243 III, IV StPO	127
1.) Geschichtlicher Hintergrund	127
2.) Bedeutung der Vorstrafenerörterung	128

3.) Der Zeitpunkt der Feststellung	128
4.) Getilgte oder tilgungsreife Vorstrafen	129
XII. Schlußvorträge und das letzte Wort des Angeklagten; §§ 258 I, II, III StPO	129
XIII. Urteilsberatung und hierauf folgend die Urteilsverkündung; §§ 260, 268 II, III S. 1 StPO	130
C.) Die Verwirklichung der Vorgaben des R.i.S. in der Praxis	132
I. Die Untersuchungen von Dölling und Schunck	132
1.) Der Gegenstand der Arbeiten	132
2.) Die Erörterung täterbezogener Strafzumessungstatsachen ohne die Vor- strafen	134
3.) Die Erörterung der Vorstrafen	134
4.) Die Behandlung von Strafzumessungstatsachen und Vorstrafen bei Freisprüchen	135
5.) Die Übertragbarkeit der Ergebnisse von Dölling und Schunck auf heute	136
D.) Folgen von Verstößen gegen das R.i.S. bei zu früher Behandlung rechtsfolgen- relevanter Tatsachen in der Hauptverhandlung	138
I. Herbeiführen einer Gerichtsentscheidung nach § 238 II StPO	140
1.) Wesen des § 238 II StPO	140
2.) Das Definitionsproblem der "Sachleitung"	140
a) Grammatikalische und historische Auslegung	140
b) Die Auffassung der Rechtsprechung	141
c) Die Auffassungen in der Literatur	142
3.) Die zur Beanstandung Berechtigten	143
4.) Form	144
5.) Fristen	145
6.) Die Unzulässigkeit als Beanstandungsgrund und Prüfungs- maßstab	145
7.) Gerichtsentscheidung	145
8.) Effektivität dieses Mittels	146
II. Die Möglichkeit der Beschwerde; § 304 I, II StPO	147
1.) Beschwerde gegen die Anordnungen des Vorsitzenden	147
2.) Beschwerde gegen den Gerichtsbeschuß	148
a) Das Beschwerderecht des Angeklagten	149
b) Das Beschwerderecht von Dritten, insbesondere Zeugen	150
3.) Frist und Form der Beschwerdeeinlegung	150
4.) Suspensiveffekt bei R.i.S.-Verletzung	151

5.) Exkurs: Beschwerderecht des Betroffenen nach Erörterung personenbezogener Daten	152
a) Rehabilitationsinteresse des Betroffenen	153
b) Wiederholungsgefahr	153
6.) Bewertung der Beschwerde als Rechtsmittel zur Verhinderung von Verstößen gegen das R.i.S.	154
III. Die Zulässigkeit der Revision aufgrund von Verstößen gegen das R.i.S. durch den Gang der Hauptverhandlung	155
1.) Revision gegen die Maßnahmen des Vorsitzenden	155
2.) Revision gegen Entscheidung nach § 238 II StPO	156
3.) Notwendigkeit der Anrufung des Gerichts als Rügevoraus- setzung	158
IV. Die Möglichkeit der Herbeiführung einer Gerichtsentscheidung bei Zweifeln über die Zulässigkeit einzelner Fragen; § 242 StPO	159
1.) Anwendungsbereich und Bedeutung der Vorschrift	159
2.) Die Anfechtbarkeit der gerichtlichen Entscheidung	161
V. Abschließende Bewertung der Rechtsmittel gegen Eingriffe in das R.i.S. durch den Gang der Hauptverhandlung	161
E.) Die Zweiteilung der Hauptverhandlung im Lichte des R.i.S.	162
I. Übersicht über die einzelnen Konzepte	163
1.) Tatinterlokut	163
2.) Schuldinterlokut	164
3.) Tatschuldinterlokut	164
II. Die einzelnen Konzepte im Lichte des R.i.S.	164
1.) Tatinterlokut	165
2.) Schuldinterlokut und modifizierende Konzeptionen	166
III. Praktikabilität der Tatinterlokutkonzeption	166
4. Abschnitt: Informationelle Selbstbestimmung und Beweiserhebung	
A.) Das R.i.S. als Maßstab für die Ausgestaltung der Beweiserhebung	172
B.) Begriffsklärung	173
I. Der Ausgangspunkt	173
II. Widersprüchlichkeit und Uneinheitlichkeit des Sprachgebrauchs als Notwendigkeit einer Begriffsbestimmung	174
1.) Beweiserhebung	175
2.) Beweisverwertung	175
C.) Beweiserhebungsverbote und das R.i.S.	176

I. Gesetzlich normierte Beweiserhebungsverbote, die auch dem R.i.S. zugute kommen	176
1.) Beweisthemaverbot	176
a) Nach § 174 III GVG geheimzuhaltende Tatsachen	176
b) Getilgte oder tilgungsreife Eintragungen im Bundeszentralregister	177
2.) Beweismittelverbot	178
a) Zeugnisverweigerungsrecht aus persönlichen Gründen (§ 52 StPO)	178
b) Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen (§§ 53, 53a StPO)	179
c) Zur Aussageverweigerung verpflichtete Zeugen (§ 54 StPO)	181
d) Nach § 252 StPO unverwertbare Beweismittel	182
e) Wegen Geheimhaltungspflichten der Verwaltungsbehörden unbenutzbare Beweismittel	182
3.) Beweismethodenverbote	188
II. Einschränkungen der Beweiserhebung, die sich direkt aus dem R.i.S. ergeben	189
D.) Moderne Strafverfolgungsmaßnahmen im Lichte des R.i.S.	190
I. Beweiserhebung durch Informationserhebung im Einzelfall	191
1.) Exkurs: Die §§ 152, 161, 163, 244 II StPO als Datenerhebungsgrundlagen	193
2.) Einsatz technischer Mittel zur Personenbeobachtung	196
a) Bedenken hinsichtlich der Bestimmtheit von § 100 c I Nr. 1 b StPO	197
b) Der "Lauschangriff" außerhalb einer Wohnung; § 100c I Nr. 2 StPO	198
c) Verfahrensrechtliche Schutzvorkehrungen	199
3.) Der Einsatz verdeckter Ermittler	206
a) Anwendungsbereich	206
b) Verfahrensrechtliche Schutzvorkehrungen	209
4.) Der Einsatz von V-Leuten	212
II. Maßnahmen der Informationsspeicherung zu strafprozessualen Zwecken	216
1.) Informationsgewinnung aus personenbezogenen Sammlungen	216
a) Besondere Bedeutung personenbezogener Sammlungen im Rahmen der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten	217
b) Die bisherige Rechtslage und Praxis	218



c) Neuere Gesetzesentwicklungen	221
d) Der Regelungsstandort der Datensammlungen zur vorbeugenden Ver- brechensbekämpfung	223
2.) Beweiserhebung mittels Herstellung von Persönlichkeitsprofilen	228
3) Das Problem der Informationsspeicherung auf europäischer Ebene, insbesondere durch das Schengen-Informationssystem (SIS)	229
a) Die Ziele	
b) Die strafprozessual relevanten Dateien	231
4.) Die sogenannte Schleppnetzfehndung nach § 163d I StPO	237
a) Die Arbeitsweise der Schleppnetzfehndung	237
b) Die Vorschrift im Überblick	238
c) Probleme informationeller Selbstbestimmung und § 163d StPO	239
III. Maßnahmen der Beweiserhebung mittels Informationsveränderung	247
1.) Das Erfordernis einer gesetzlichen Regelung	249
2.) Rasterfehndung	250
a) Die Regelung des § 98a StPO	250
b) Verfahrensrechtliche Schutzvorkehrungen	252
3.) Der Datenabgleich nach § 98c StPO	254
a) Die Vorschrift im Überblick	254
b) Die Vorschrift im Lichte des R.i.S.	255
IV. Exkurs: Die Verwertung von Zufallsfunden	257
1.) Begriffsklärung	257
2.) Die Verwertung	258
a) Grundsätzliches	258
b) Die Problematik der sogenannten Zusammenhangstaten	258
c) R.i.S.-konforme Ausgestaltung der Zweckdurchbrechungen durch Übertragung prozessualer Schutzvorkehrungen	260
V. Informationsgewinnung zur Beweisführung durch Informationshilfe	261
1.) Das R.i.S. und die Amtshilfe	262
2.) Derzeitige Übermittlungsregelungen	264
a) Auskunftsverlangen bei anderen Behörden aufgrund von Ermächti- gungen durch die StPO	264
b) Auskunftsrechte außerhalb der StPO	265
3.) "Problemverschärfung" durch online-Zugriffe der Strafver- folgungsbehörden	271
E.) Die Folgen von Verstößen gegen das R.i.S. bei der Informationsgewinnung im weiteren Strafverfahren	273

I. Grundsätzliches zur Verwertung rechtswidriger Beweise	274
II. Einzelne Erklärungsansätze zur Beweisverwertung und ihre "Tauglichkeit" im Hinblick auf die Verwirklichung des R.i.S. von Betroffenen	276
1.) Die Rechtskreistheorie	276
a) Inhalt	276
b) Kritik	277
2.) Modifizierungen der Rechtskreistheorie und die sogenannte Schweretheorie	278
3.) Die Schutzzweck- und Zweckverfehlungstheorien	278
4.) Die Abwägungstheorie und vermittelnde Positionen	279
a) Inhalt	279
b) Wertung	280
5.) Der Ansatz Amelung von den sogenannten Informationsbeherrschungsrechten	281
a) Inhalt	281
b) Bewertung der Konzeption von Amelung	283
III. Die Reichweite strafprozessualer Verwertungsverbote unter Berücksichtigung des R.i.S.	291
1.) Problemstellung	291
2.) Die wesentlichen Lösungsansätze	292
3.) Lösungsansatz vor dem Hintergrund des Unterlassungsanspruchs als Grundlage der Verwertungsverbote	293
Zusammenfassung und persönlicher Ausblick	296
Literaturverzeichnis	299
Stichwortverzeichnis	323